



HAUPTPERSONALRATSWAHL BEI DER LANDESPOLIZEI

Danke für das Vertrauen zur GdP!

KIEL. Außerordentlich erfreulich verliefen die Wahlen zum Hauptpersonalrat der Polizei für die Gewerkschaft der Polizei. Aufgrund der Änderung des Mitbestimmungsgesetzes besteht das Gremium im Vergleich zu den letzten Wahlen statt aus neun wieder aus elf Mitgliedern. Dabei honorierten die Wähler das Engagement der GdP in den zurückliegenden Jahren. Auch die beiden zusätzlichen Plätze gingen ebenfalls an die GdP. Die GdP konnte sich in der Gruppe der Beamten acht von zehn Sitzen sichern, der Sitz für die Arbeitnehmer ging ebenfalls an die GdP-Kandidatin. Insgesamt verfügt die Gewerkschaft der Polizei damit im neu gebildeten Hauptpersonalrat über neun von elf Plätzen. Und das zur Freude auch des Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, der aus Berlin einen Glückwunsch übermittelte. „Das klasse Ergebnis zeigt, dass die GdP großes Vertrauen bei den Beschäftigten der Landespolizei genießt. Fachlichkeit und Klarheit, dafür stehen wir“, stellte der Bundesvorsitzende fest. Über die Ergebnisse der örtlichen Personalratswahlen wird das DP-Landesjournal in der nächsten Ausgabe berichten.

Thomas Gründemann

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Liste 1 – GdP

Gruppe Beamtinnen und Beamte
23674 Stimmen (= 69,4%)
Somit sind von der Liste der GdP in den Hauptpersonalrat der Polizei gewählt worden:

- **Manfred Börner**, PD Ratzeburg, mit 1712 Stimmen
- **Torsten Jäger**, LPA, mit 1610 Stimmen
- **Andreas Kropius**, LPA/WSP, mit 1602 Stimmen
- **Axel Dunst**, PD AFB, mit 1580 Stimmen
- **Thomas Gründemann**, PD HL, mit 1556 Stimmen
- **Imke Kalus**, PD SE, mit 1520 Stimmen

- **Kristin Stielow**, PD FL, mit 1503 Stimmen
- **Ludger Mers**, PD Kiel, mit 1488 Stimmen.

Die ersten beiden GdP-Nachrücker sind **Michael Koettlitz** und **Jan Schmidt**.

In der Gruppe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- **Norina Gloy-Leinweber** (GdP) mit 399 von 625 (= 63,8% abgegebenen Stimmen) gewählt. Nachgerückt ist hier Heinz Möllers (ebenfalls GdP).

Der Landesvorstand dankt allen Wählerinnen und Wählern für dieses Vertrauen!



Manfred Börner



Torsten Jäger



Andreas Kropius



Axel Dunst



Thomas Gründemann



Imke Kalus



Kristin Stielow



Ludger Mers



Norina Gloy-Leinweber



Ein guter Kompromiss

Übernahme des Tarifabschlusses auf Beamte zum 1. März 2015

Kiel – Der Abschluss für die Tarifbeschäftigten der Länder wird zum 1. März 2015 auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen. Das ist das Ergebnis der Verhandlungsrunde bei Finanzministerin Monika Heinold. Torsten Jäger, GdP-Verhandlungsführer: „Angesichts der Leistungen, die Beamtinnen und -beamte bei Polizei und Vollzugsdienst erbracht haben, und der immer mehr steigenden Belastungen im täglichen Dienst, ist dieses Ergebnis gerechtfertigt. Dies gilt auch für die Versor-

gungsempfänger. Sie dürfen von der allgemeinen Entwicklung nicht abgehängt werden.“

Die Besoldungsübernahme zum 1. März 2015 sieht eine Steigerung von 2,1% (-0,2% Versorgungsrücklage) und zum 1. Mai 2016 eine weitere Anhebung von 2,3% (-0,2% Versorgungsrücklage), mindestens aber 75 Euro vor.

Torsten Jäger: „Ein gutes Ergebnis der GdP und ihrer Schwestergewerkschaften!“

Die aktuellen GdP-Besoldungstabellen sind in Auftrag gegeben.

GdP-Beiträge angepasst

Die GdP-Mitgliedsbeiträge wurden zum 2. Quartal 2015 angepasst. GdP-Beiträge sind dynamisch. Das bedeutet: Bei Tarif- und Besoldungserhöhungen werden die Erhöhungen dann auch beim GdP-Beitrag wirksam. Die letzte Besoldungserhöhung in Höhe von 2,75 %, auf die sich die Beitragserhöhung zum 2. Quartal 2015 bezieht, war zum 1. Oktober 2014.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 7/2015:
Freitag, 5. Juni 2015



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

NACHRUF

Trauer um Karl Trunzer

Am 24. April starb Karl Trunzer. Er gehörte dem GdP-Landesvorstand von 1985 bis 2001 an. Karl Trunzer war Vertreter für die Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter im HPR der Polizei, wie auch in vielen anderen Gremien.

Noch vor zwei Jahren waren Jörn Löwenstrom und Detlef Hardt, beide Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein, und Karl-Hermann Rehr bei ihm zu Hause als Gast, um ihn für mehr als 50 Jahre Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft zu ehren.

Karl Trunzer war gelernter Eisen- und Gießereiformaler und wurde 1970 dann in der damaligen Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd eingestellt. Seit Beginn seines Berufslebens war er gewerkschaftlich engagiert. Zuerst gehörte er dem Bundesjugendvorstand der IG Chemie, dann der IG Metall und zuletzt (selbstverständlich) „seiner“ GdP an. Und er war ein aktiver Gewerkschafter. Die Kartei des Landesbezirks weist ihn als Werber mit vielen Erfolgen aus. Mehr als 100 Eintritte sind seiner Initiative und Überzeugungskraft zu verdanken. „Ohne gewerkschaftliche Arbeit ginge es nicht voran, von unseren Erfolgen profitieren alle. Deshalb müssen alle auch wissen, wie Erfolge zustande

kommen!“ Gewerkschaft und Politik gehörten für ihn zusammen. So war er für die SPD-Fraktion seiner Hansestadt Lübeck im Polizeibeirat und bekleidete auch weitere Funktionen in der SPD.

Er litt in den letzten Jahren an der Parkinsonschen Krankheit, was ihm das Leben sehr schwer machte. Zudem hatte sich noch eine Krebserkrankung dazugesellt.

Karl Trunzer wurde im März dieses Jahres 72 Jahre alt. Die Gewerkschaft der Polizei – gerade im Tarifbereich – hat ihm viel zu verdanken. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.



Karl Trunzer



INTERVIEW

Empfinde mich als „angekommen“

Interview mit Thorsten Kramer, der seit zwei Jahren das Landeskriminalamt leitet

Als gewachsener Schutzpolizist – sind Sie in Ihrem Amt angekommen?

Eine gute Frage. Tatsächlich bin ich – wie Sie es ausdrücken – „ein gewachsener Schutzpolizist“ und trug als langjähriger Leiter der Polizeidirektion Neumünster unter anderem auch Verantwortung für die Kriminalpolizeidienststellen im Zuständigkeitsbereich. Dabei habe ich natürlich Fragen der Kriminalitätsbekämpfung im schutz- und kriminalpolizeilichen Bereich bewegt. Ich glaube, das hat mir in den letzten beiden Jahren die tiefe Einarbeitung in die kriminalpolizeilichen Fachthemen erleichtert.

Neben diesen Fachthemen laufen aber auch viele mir aus meiner damaligen Behördenleitungsaufgabe vertrauten Personal- und Organisationsfragen über meinen Schreibtisch, die ich zu entscheiden habe. Nach den zwei Jahren als Direktor des Landeskriminalamtes empfinde ich mich rein gefühlsmäßig als „angekommen“; tatsächlich kann das am besten aber mein dienstliches Umfeld beurteilen.

Worin sehen Sie die vordringlichste Arbeit des LKA?

Beim Blick auf die besorgniserregenden aktuellen Anschläge in Europa und die Entwicklung in der salafistischen Szene insgesamt bin ich mir sicher, dass uns diese Bedrohung in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen wird.

Daneben bin ich davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit dem Landespolizeiamt und den Polizeidirektionen auch zukünftig gefordert sein werden, die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein zu schützen. Die Sicherheit dieser Menschen ist wesentlicher Bestandteil der postulierten Willkommenskultur.

Natürlich wird das Landeskriminalamt weiterhin seine vielfältigen Servicefunktionen für die Dienststellen im Land anbieten und die Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen so gut es geht unterstützen. Und zu guter Letzt trage ich als Direktor des Landeskriminalamtes die Verantwortung für die Steuerung der Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein. Ich werde mich bemühen, hier weitere Impulse zu setzen.



Thorsten Kramer

Das LKA steht polizeiintern wegen seiner immerwährenden Personalforderungen in der Kritik. Berechtigt?

In meiner alten Funktion betrachtete ich Personalforderungen des LKA tatsächlich auch kritisch. Deshalb setze ich in Bezug auf dieses Thema einen hohen Maßstab an.

Daher kann von den von Ihnen formulierten „immerwährenden“ Personalforderungen keine Rede sein. Wenn ich mir den Personalkörper des LKA genau anschau, wird deutlich, dass nur ein relativ kleiner Anteil für eigene LKA-spezifische Aufgaben, wie landesweit zuständige Ermittlungseinheiten, eingesetzt wird. Der Großteil des Personals steht den Dienststellen im Land für Unterstützungsfunktionen, wie in der Kriminaltechnik oder in einsatz- und ermittlungsunterstützenden Einheiten aus der Abteilung 5, direkt zur Verfügung. Sollte hier Personal fehlen, wirkt sich das unmittelbar negativ auf die Arbeit vor Ort aus. In vielen Fällen kommt das knapp bemessene Personal zudem mit einer neu hinterlegten Aufgabe in das Landeskriminalamt. Sie können dabei sicher sein, dass ich vor einer Personalforderung auch die Interessenlagen und Personalsorgen der Behörden entsprechend gewichte.

Und nun soll – glaubt man der Presse – eine neue Einheit im LKA zur Bearbeitung von Altfällen aufgebaut werden. Das wird wieder Personal kosten, das nur aus der „Fläche“ kommen kann. Was hat es damit auf sich?

Das hört sich zunächst groß an, tatsächlich werden aber nur zwei zusätzliche Beamtinnen und Beamte landesweit ungeklärte Tötungsdelikte, insbesondere mit Verdacht auf PMK, unabhängig von den Ermittlern der Mordkommissionen, neu untersuchen. Wir folgen damit einer Empfehlung des NSU-Untersuchungsaus-

schusses des Deutschen Bundestages. Das ist im Übrigen ein Beispiel dafür, dass eine neue Aufgabe aus dem vorhandenen Planstellenbestand des LKA hinterlegt wird, ohne hiermit die Flächendienststellen zu belasten.

Aufs Ganze gesehen: Denken Sie, die Landespolizei verträgt den angekündigten Personalabbau?

Folgendes ist mir zunächst wichtig: Bei dem Stellenabbau handelt es sich um eine politische Entscheidung, die niemand innerhalb der Führung der Landespolizei befürwortet oder letztlich zu vertreten hat.

Die Entscheidung ist besonders bitter, da wir uns schon beim Blick auf die Polizeidichte im bundesweiten Vergleich in Schleswig-Holstein im Hintertreffen befinden. Den Stellenabbau in unserer knapp aufgestellten Landespolizei betrachte ich auch insoweit kritisch.

Aus meiner Arbeit in der AG Stellenverteilung glaube ich, einen sehr guten Überblick über den landesweiten Personaleinsatz zu haben. Daher komme ich zu dem Ergebnis, dass die zur Stellenreduzierung ins Auge gefassten Aufgabenbereiche ohne Alternative sind. Kürzungen in anderen Bereichen hätten noch schwerwiegendere negative Konsequenzen für den polizeilichen Aufgabenvollzug mit sich gebracht.

Letzte Frage: Meinen Sie die Übertragung der IT auf Dataport – von hoheitlichem auf einen (quasi) privaten Anbieter ist unproblematisch für die Arbeit beim LKA?

Das Zusammenwirken zwischen der technischen IT und der polizeilichen Fachlichkeit muss neu und gut sortiert werden. Unabhängig vom Prozess zur Stellenreduzierung, bin ich tatsächlich davon überzeugt, dass eine IT-technische Aufgabe besser durch einen polizeixternen IT-Dienstleister bewältigt werden sollte. Ob das Zusammenspiel in der Praxis dann tatsächlich funktioniert, hängt im Wesentlichen vom Aufbau und Wirken der Komplementärstrukturen in der Polizei ab. Aus Sicht des LKA erkenne ich zurzeit zumindest keine unlösbaren Probleme in diesem Prozess.

**Das Interview führte
Karl-Hermann Rehr**



Axel Dunst bleibt GdP-Vorsitzender

Regionalgruppe AFB tagte: Freude über Mitgliederzuwachs

Eutin – Die Mitglieder der Regionalgruppe AFB der Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzen weiter auf Axel Dunst als 1. Vorsitzenden. Bei der Jahreshauptversammlung im Speisesaal der PD AFB wurde der 54-Jährige einstimmig für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Die Wiederwahl erwies sich in Anbetracht der Erfolgsbilanz des Ersten Polizeihauptkommissars als Selbstläufer. In seinem Rechenschaftsbericht für die beiden vergangenen Jahre rief Dunst verschiedene Aktionen der GdP in Erinnerung. Die Anerkennung der gewerkschaftlichen Aktivitäten sowie eine enge Kooperation mit der JUNGEN GRUPPE, der Nachwuchsorganisation der Gewerkschaft der Polizei, habe sich in einem außergewöhnlichen Mitgliederzuwachs niedergeschlagen. So seien alleine seit Mitte vergangenen Jahres 275 neue GdP-Mitglieder registriert worden. „Wir haben somit sogar die 1000er-Marke geknackt“, strahlte Dunst. Aktuell sind es 1047 Mitglieder, die in der GdP-Regionalgruppe organisiert sind. Und vor allem auch junge Polizisten fühlten sich offenbar von der Arbeit der GdP angesprochen, denn sie bildeten das Gros der Neumitglieder. Dabei habe sich nach Angaben von Dunst vor allem das gemeinsame Vorgehen mit der JUNGEN GRUPPE als Erfolg erwiesen. „Das ist eine tolle Entwicklung, die auf eine hervorragende Wer-



Der Landesvorsitzende Manfred Börner (l.) und der AFB-Vorsitzende Axel Dunst (2. v. l.) sowie dessen Stellvertreter Thomas Dannenberg (r.) zeichneten die langjährigen GdP-Mitglieder aus: Werner Oldekop (60 Jahre), Frank Hasse, Jürgen Thomsen (beide 55 Jahre), Manfred Kittner (40 Jahre), Arndt Jokschat (25 Jahre), Jürgen Kröger (40 Jahre), Heinz Möllers, Alfred Hölterling (beide 25 Jahre).
Foto: Thomas Gründemann

bungs- und Betreuungsarbeit in der Regionalgruppe zurückzuführen ist“, zeigte sich der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner ebenfalls erfreut. Auch landesweit finde die GdP immer größeren Zuspruch, sodass der Mitgliederbestand in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut worden sei. Rund 5600 GdP-Mitglieder seien aktuell zu verzeichnen.

Neben dem Regionalgruppenvorsitzenden wurden auch Schriftführer Michael Horn und Katharina Kniejski als Stellvertretende Kassiererinnen in ihren Ämtern bestätigt. Gemeinsam

zeichneten Axel Dunst und Manfred Börner langjährige Gewerkschaftsmitglieder mit Dankesurkunden und Präsenten aus.

So erhielt Werner Oldekop eine Ehrung für 60-jährige Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Polizei. Frank Hasse und Jürgen Thomsen blicken auf eine 55-jährige sowie Manfred Kittner und Jürgen Kröger auf eine 40-jährige GdP-Treue zurück. Seit 25 Jahren sind Arndt Jokschat, Heinz Möllers und Alfred Hölterling in der GdP organisiert.

Thomas Gründemann

Versammlung lockte viele Mitglieder

Sandesneben – Sehr gut besucht war der große Saal des Lauenburger Hofes in Sandesneben zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der GdP-Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn. Neben mehreren Gästen konnte Regionalgruppenvorsitzender Eggert Werk insgesamt 84 pensionierte und aktive Kolleginnen und Kollegen als Gewerkschaftsmitglieder begrüßen. Nach dem „offiziellen Teil“ einer jeden Jahreshauptversammlung stand die diesjährige Jahreshauptversammlung

der GdP-Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn ganz unter dem Motto der im Mai anstehenden Personalratswahlen „Wer, wenn nicht wir?!“ So gab es eine große Vorstellungsrunde der Personalratskandidatinnen und -kandidaten, beginnend mit dem Landesvorsitzenden der GdP, Manfred Börner, der die Gelegenheit nutzte, der Versammlung seinen Entschluss, für den HPR zu kandidieren, zu erklären. Die übrigen HPR-Kandidaten wurden per Filmbeitrag vorgestellt.

Im Anschluss konnte sich die Versammlung von den anwesenden Wahlkandidaten zum ÖPR ein Bild machen, sodass danach die GdP-Liste der ÖPR-Kandidaten einstimmig beschlossen werden konnte. Nun kann es losgehen. Wer, wenn nicht wir?!

Einen abschließenden Tagesordnungspunkt füllte der Leiter der Polizeidirektion Ratzeburg, Wolfgang Becker, mit einem fast einstündigen Referat zu Umstrukturierungsplänen/



AUS DEN REGIONALGRUPPEN

-maßnahmen in der PD. So soll die Dienststellenstruktur in der PD vereinheitlicht werden. Ziel sei die Bildung größerer Einheiten durch Schaffung einer Revierstruktur, wie es auch im Rest des Landes größtenteils umgesetzt ist.

Insbesondere stehen damit die kleineren Dienststellen auf dem Prüfstand. Theoretisch sei das „Aus“ dieser Dienststellen noch nicht besiegelt. Im Rahmen von analytischen Betrachtungen der auf den zukünftigen Revier-ebenen eingesetzten Arbeitsgruppen müsse aber schon gut begründet wer-

den, warum diese Kleinstdienststellen ggf. erhalten bleiben sollten. Vorgabe sei, dass diese Dienststellen für den Bürger dauerhaft verlässliche Öffnungszeiten bieten müssten, auch bei Krankheitsfällen, Urlaub oder Lehrgängen. Jedem Versammlungsteilnehmer dürfte klar geworden sein, dass es für die kleineren Dienststellen, um die fünf Beamte und weniger, jetzt eng wird. Bisher sei das Thema noch nicht in der Öffentlichkeit angekommen. Aber in der Diskussion müssten sich Bürger schon die Frage gefallen lassen, was sie wollen: Innerhalb von zehn Minuten

50 Jahre: Dieter Hanke, Rolf Lunow, Carl-Ludwig Rudolph, Günther Schwart, Hubert Siemers und Klaus-Dieter Steuck.

40 Jahre: Manfred Börner, Heiko Busche, Wolfgang Hoppe, Thorsten Styck und Karsten Witt.

25 Jahre: Michael Backes, Manfred Bartels, Günter Bornemann, Thomas Eberlein, Jörn Frank, Uwe Gode, Thomas Kulp, Frank Malzkeit, Jörg Oestreich, Horst Reimann, Harald Reis, Stefan Schooff, Holger Seeliger, Jörn Siemers und Bernd-Günter Telm.

Stefan Schooff



Manfred Börner (l.) und Eggert Werk (r.) nahmen Günther Schwart, Rolf Lunow und Dieter Hanke (v. l.) in die Mitte, die für 50-jährige GdP-Treue geehrt wurden.



Seit 40 Jahren gehören Karsten Witt (l.) und Wolfgang Hoppe (M.) der GdP an und erhielten von Eggert Werk die Dankesurkunde und ein Präsent.

AUSZEICHNUNG

Afghanistan-Spange für Polizisten

Kiel – Drei GdP-Kollegen sind von Innenminister Stefan Studt für ihre Teilnahme an Polizei-Auslandsmissionen der EU und der UN mit der Afghanistan-Spange der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. „Schleswig-Holstein leistet mit der Entsendung von Polizeibeamten in die Missionsgebiete einen wichtigen Teil zu mehr Sicherheit“, sagte Studt auf einem Empfang für Polizeibeamte im Auslandseinsatz in Kiel. Die Beamten trügen dazu bei, dass Menschenrechte gewahrt und demokratische Verhältnisse hergestellt werden könnten. Studt bezeichnete die Arbeit der deutschen Polizisten als sehr erfolgreich.

In den zurückliegenden Jahren bildeten zahlreiche Missionen in Afghanistan den Schwerpunkt polizeilicher Auslandseinsätze. Dabei wurden unter anderem in Kabul und in Masar-e Scharif Polizeitrainingszentren errichtet. In diesen Zentren wurden afghanische

Polizisten mit der Unterstützung des German Police Project Teams (GPPT) aus- und fortgebildet. Mitte des vergangenen Jahres wurde die Verantwortung für die Trainingszentren an die afghanische Polizei übertragen. Aktuell gehören 36 Polizisten, darunter eine Frau, zum Pool der sogenannten Auslandsverwender.

Die Afghanistan-Spange in Gold erhielt Martin Rang (50) von der Polizeistation Schenefeld für sechs Auslandseinsätze mit insgesamt 67 Monaten. Ebenso Andreas Ladwig (54) von der Kriminalinspektion Neumünster für vier Auslandseinsätze mit insgesamt

48,5 Monaten. Die Afghanistan-Spange in Silber ging an Wolfram Witte (36) vom Polizeirevier Bad Segeberg für zwei Auslandseinsätze mit insgesamt acht Monaten. Verabschiedet aus dem Pool der Auslandsverwender wurde Sandra Reese (39 Jahre) von der Polizeizentralstation Ahrensburg.



Innenminister Stefan Studt (2. v. l.) mit den ausgezeichneten Auslandsverwendern Martin Rang, Andreas Ladwig und Wolfram Witte.



Diskussion um Ausstattung der Bereitschaftspolizei

Eutin – Die personelle und sachliche Ausstattung der Bereitschaftspolizei stand im Mittelpunkt einer Diskussion, die im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe AFB der Gewerkschaft der Polizei (GdP) geführt wurde. Hauptakteure waren dabei der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner und der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses BEREITSCHAFTSPOLIZEI, Jürgen Herdes, die den Moderatoren Thomas Dannenberg und Jens Puschmann Rede und Antwort standen.

Ob der Kampf um den von der Landesregierung beschlossenen Abbau von 122 bei der Landespolizei aus Sicht der GdP schon verloren sei, wollte Puschmann von Börner wissen. „Es wird sicherlich schwierig, zumal der Kabinettsbeschluss weiter steht. Aber wir werden nicht aufgeben und weiter daran festhalten, dass ein Stellenabbau der falsche Weg ist. Vor allem, weil die personelle Decke bei der Landespolizei ohnehin schon zu kurz ist. Und dann kommt noch die aktuell unklare Sicherheitslage dazu“, sagte der GdP-Landesvorsitzende. Den nachvollziehbaren Berechnungen der CDU zufolge, würden der Landespolizei mit der von der Landesregierung beschlossenen Personalreduzierung von „netto“ 122 Stellen insgesamt 342 Stellen fehlen, so der GdP-Landesvorsitzende.

So werde sich der angekündigte Stellenabbau im Bereich der IT, der Wasserschutzpolizei und der Verkehrsüberwachung letztlich auf die Arbeitsqualität der gesamten Landespolizei auswirken. Von der Landesregierung forderte Börner, in den Jahren 2015 bis 2022 jährlich eine Quote von 300 Einstellungen zu realisieren. „Damit würde auf die Folgen des demografischen Wandels, den doppelten Abiturjahrgang 2016 reagiert, aber auch dem prognostizierten Bewerbermangel entgegengewirkt und für eine gleichmäßige Auslastung der Ausbildungsstätten und des Ausbildungspersonals gesorgt“, hob der GdP-Landesvorsitzende die Vorzüge des „Projekts 300“ hervor. „Da haben wir aber den Fuß in der Tür und hof-



Manfred Börner und Jürgen Herdes standen Rede und Antwort.

Foto: Gründemann

fen auf politische Einsicht“, sagte Börner. Gleiches gelte für die Forderung der GdP, die Eingangsbezahlung im Mittleren Dienst der Polizei von der Besoldungsgruppe A 7 auf A 8 anzuheben und damit einer anforderungsgerechten Zahlung ein wenig mehr zu entsprechen, so Manfred Börner. Auch seien die bescheidenen Beförderungsperspektiven bei der Landespolizei weiter zu verbessern.

Die Finanzausstattung der Bereitschaftspolizeien beklagte Jürgen Herdes. Dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien stehe aktuell jährlich nur ein Haushalt von 14 Millionen Euro zur Verfügung. „Das reicht nicht aus, wird deutliche Auswirkungen auf die Fahrzeuge und die Ausstattung haben und auf lange Sicht nicht funktionieren“, stellte der Hauptkommissar aus der 1. Einsatzhundertschaft fest. „Die Uneinigkeit zwischen den Ländern und dem Bund, wer die Kosten zu tragen hat, darf nicht zulasten der Sicherheit der Einsatzkräfte der Polizei erfolgen“, so Herdes. Bei rund 16 000 Bereitschaftspolizisten würden aktuell genau 875 Euro im Jahr für die Sicherheit eines Polizisten ausgegeben werden. „Das ist sehr bescheiden“, gab Herdes zu bedenken. Unterstützung fand Herdes beim Leiter der PD AFB, Jürgen Funk. „Die ganze Situation ist einfach unbefriedigend und eine Hängepartie für uns, eine Entscheidung zeichnet

sich leider erst im Herbst ab“, ergänzte der Leitende Polizeidirektor.

Gemeinsam mit Börner beanstandete Herdes unterschiedliche Standards bei der Fahrzeugausstattung und der persönlichen Schutzausstattung zwischen der Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei und den Einzeldiensthundertschaften. Es könne nicht sein, dass beispielsweise Einsatzfahrzeuge des Einzeldienstes, der Polizei im Funkstreifendienst, wenn sie in geschlossenen Einsätzen genutzt würden, nicht mit einer Spezialverglasung versehen seien. „Wir haben alle die Bilder aus Frankfurt gesehen. Ich mag mir nicht vorstellen, wie die Situation für die Kollegen in den Einsatzfahrzeugen ausgegangen wäre, wenn diese Scheiben keinen Schutz gehabt hätten“, sagte Herdes.

Gleichzeitig wiederholte Jürgen Herdes die Forderung nach einem mobilen Toilettenwagen für Großeinsätze der Polizei. Seit fünf Jahren werde die Diskussion ohne Folgen geführt. Abschließend hob Herdes die unzähligen Einsatzbelastungen der 1. Einsatzhundertschaft im gesamten Bundesgebiet hervor. „Von Bereitschaftspolizei kann nicht mehr gesprochen werden, denn wir haben keine Zeit mehr für Bereitschaft, weil wir durchgängig im Einsatz sind“, so der 46-Jährige und sprach sich für eine Personalaufstockung der Bereitschaftspolizeien aus, um die Polizei-



BEREITSCHAFTSPOLIZEI

kräfte aus der Fläche bei der Berücksichtigung für Großeinsätze zu entlasten.

Börner und Herdes unterstrichen die gewerkschaftliche Forderung nach einem möglichst einheitlichen Polizeigesetz beziehungsweise Versammlungs- und Gefahrenabwehrrecht in den Bundesländern. Die Einsatzkräfte stießen bei ihren bundesweiten Einsätzen auf einen rechtlichen Flickenteppich. Das mache die Arbeit schwieriger. „Für uns Einsatzkräfte ist eine

Rechtssicherheit auch Handlungssicherheit“, erklärte Jürgen Herdes. Diskutiert wurde auch die Frage der Beschaffung der Elektroschock-Pistole als Distanzwirkmittel. Thorsten Ziehm, Einsatztrainer in der PD AFB, warb für den Einsatz des sogenannten Tasers. „Die gewaltsamen Angriffe gegen Polizisten nehmen zu. Es wird etwas benötigt, was die Lücke zwischen dem Einsatz des Pfeffersprays und dem Gebrauch der Schusswaffen schließt“, gab Ziehm zu bedenken und verwies

auf Erfahrungen in Ländern wie Finnland. Dort gebe es jährlich mehr als 400 Taser-Einsätze, kein einziger sei dabei tödlich verlaufen, so Ziehm. Die GdP werde sich der Diskussion zu diesem Thema nicht verschließen, so Manfred Börner. Die Einführung bei den Spezialeinheiten der Polizei wäre eine erste Überlegung wert. Die Entscheidung über die Einführung bei der Landespolizei läge aber vor allem im politischen Raum.

Thomas Gründemann

Börner: Nehmen die Sorgen sehr ernst

GdP im Gespräch bei der Abteilung 2 des Landespolizeiamtes

Kiel/tgr – Der aktuelle Verfahrensstand und die absehbaren Folgewirkungen, aber auch die Stimmung unter den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, im Zuge der Verlagerung von Aufgaben aus der IT-Abteilung des Landespolizeiamtes zu dataport waren Gegenstand eines Gespräches, zu dem der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner die Abteilung 2 im Landespolizeiamt besuchte. Für den Austausch mit dem Chef der Abteilung, Thomas Schettler, und einigen Dezernatsleitern befand sich Börner in Begleitung seines Stellvertreters Torsten Jäger sowie Norina Gloy-Leinweber, Uwe Weßler und Landesredakteur Thomas Gründemann.

Aufgabe des bei der Staatskanzlei angesiedelten Programmmanagements sei es, über sechs Projekte letztlich bis 2018 insgesamt 90 Stellen freizusetzen und mit ihnen Aufgaben Richtung dataport verschoben zu haben. Oberstes Ziel sei es, dies vernünftig zu organisieren und zu gestalten, so Schettler. „Und dieser Prozess muss neben dem Alltagsbetrieb für die Landespolizei erledigt werden, während gleichzeitig Projekte mit personellen Ressourcen aus der Abteilung zu besetzen sind“, erklärte Schettler. Die Folgewirkungen lägen auf der Hand: Absehbar werde der bisherige Betriebsstandard und der aktuelle Service-Level nicht mehr zu leisten sein. „Zu befürchten ist, dass vor allem im Support die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kritisiert werden“, so der Leitende Polizeidirektor.

Und dass, obwohl gerade sie es sind, die von den einschneidenden Veränderungen betroffen und deshalb spürbar

verunsichert und beunruhigt seien. Die ungewisse berufliche Zukunft führe bei den Betroffenen zu zahlreichen ungeklärten Fragen, berichtete Schettler von der Stimmung. Immer neue „Wasserstandsmeldungen“ verstärkten die Zweifel und Unsicherheit.

Eine Regelung über eine 59er-Ver einbarung oder – mit gleichen Inhalten – ein Übernahmevertrag mit dataport zur Absicherung von Beschäftigten sei ein Ansatz, der Unsicherheit zu begegnen oder sie einzugrenzen, wurde aus der Dezernatsleiterrunde auf GdP-Nachfrage bestätigt.

Anfang Juni stünden Gespräche von dataport zusammen mit LPA 3 und dem HPR mit Betroffenen an.

Gerade die Führungskräfte von LPA 2 seien besonders gefordert, damit die Beschäftigten „nicht den Kopf in den Sand steckten“. „Die Unsicherheit macht den Menschen zu schaffen. Da ist es für alle Führungskräfte eine große Herausforderung, sich darauf einzustellen“, unterstrich Thomas Schettler.

Zudem sei es bedeutsam, die für die Landespolizei benötigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten, weil sonst die Gefahr bestehe, wichtiges Know-how zu verlieren. „Wir brauchen hier die Kolleginnen und Kollegen, die es von der Pike auf gelernt haben. Die Komplementärstruktur muss jetzt aufgebaut werden. Die Landespolizei muss sprechfähig sein“, so die einvernehmliche Aussage der Dezernentenrunde.

Offen blieb in dem gut einstündigen Austausch die Frage, ob in den Lenkungsausschuss mit Dr. Knut Büchmann aus der Staatskanzlei und Innenstaatssekretärin Söller-Winkler an der

Spitze der Hauptpersonalrat der Polizei eingebunden werde. „Hier gibt es eine Zusage von Ministerpräsident Albig“, rief Torsten Jäger in Erinnerung. Fest stehe nach Angaben von Thomas Schettler, dass der HPR-Polizei in der Programmsicherungsgruppe, in der die entsprechenden Weichen gestellt würden, einbezogen werde.

Und auch in anschließenden Gesprächen mit Betroffenen wurde die Haltung von Thomas Schettler bestätigt. Es gebe noch zu viele Ungereimtheiten. So seien auch die Bedingungen für einen Verbleib oder Wechsel nicht klar.

Nach dem Gespräch und den Informationen aus „erster Hand“ zeigte sich Manfred Börner insbesondere auch besorgt über die mit der Unsicherheit verbundene beunruhigte Stimmung in der Mitarbeiterschaft.

Die GdP und mit ihr die zuständigen Personalratsvertreter werden den laufenden Prozess und den Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr aufmerksam verfolgen, versicherte der Landesvorsitzende. „Wir nehmen die Sorgen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen sehr ernst. Eine vernünftige Beteiligung ist notwendig, um möglichst gute Lösungen für sie zu finden“, sagte Börner.

Letztlich sei es eine politische Entscheidung, die mit der Verlagerung getroffen worden sei. „Deshalb werden wir die Landesregierung mit Innenminister Studt nicht aus der Verantwortung entlassen, sich um die von den Veränderungen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kümmern“, so der GdP-Landesvorsitzende.

Thomas Gründemann



Die Geduld bei der Beihilfe hat ein Ende

GdP im Finanzausschuss des Landtages

Kiel/pr – Die seit Jahresbeginn immer unerträglich länger werdenden Bearbeitungszeiten der Beihilfe brachten nicht nur die Beihilfeberechtigten, sondern erneut auch den GdP-Landesseniorenvorstand auf die Palme.

Zur Erinnerung: In 2012 gelang es der GdP Schleswig-Holstein nach einem vergleichbaren Zustand mit vielen, vielen Initiativen die Bearbeitungszeiten auf regelmäßig max. 14 Tage zu begrenzen. Darauf konnten wir stolz sein.

Die neuerlich berechtigten, vielfach entrüsteten Beschwerden erreichten die GdP, insbesondere aber die regionalen Seniorenvorstände. Beherzt beschloss der Landesseniorenvorstand in seiner Sitzung am 24. 3. 2015 in Rendsburg unverzüglich Initiativen zu ergreifen. Zu einem konkreten Katalog gehörten diesmal das Herantreten an möglichst viele Landtagsabgeordnete, aber auch die individuellen Beschwerdewege (schriftlich oder online) an den Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Neu war der Gedanke einen Beschwerdeweg über den Finanzausschuss des Landtages zu suchen.

Hier gab es zügig „grünes Licht“ vom Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand, dass für ihn Kalle Rehr und Frank Poster in diesem Sinne tätig werden.

Schnell war dann ein persönlicher Termin mit dem Vorsitzenden des Ausschusses, MdL Thomas Rother, gefunden. Die Argumente für einen Handlungsbedarf waren unschwer zu vermitteln. Herr Rother sagte verbindlich zu, dass der Finanzausschuss dem Tatbestand prüfend nachgehen werde.

Überrascht waren wir, als der Sachverhalt bereits für die Sitzung des Ausschusses am 30. 4. 2015 auf der Tagesordnung stand.

Diese öffentliche Sitzung wurde nicht zuletzt aufgrund der großen Betroffen-



Frank Poster



Thomas Rother

heit von vielen GdP-Senioren begleitet. Dem Ausschuss standen für Antworten die Finanzministerin Monika Heinold, der Staatssekretär Dr. Philipp Nimmermann und die seit dem 1. 3. 2015 „neue“ Leiterin des Finanzverwaltungsamtes, Frau Silke Ruck, zur Verfügung. Der Fragenkatalog war deutlich:

Worin sieht die Ministerin die Ursache für das drastische Ansteigen der Bearbeitungszeiten?

Wie ist der Betrag von 3500 € gefunden worden?

Wie oft wird von dieser Sonderbearbeitung Gebrauch gemacht?

Welche „Bagatell“-Beträge werden in welcher Zeit bearbeitet?

Wie sehen die Beihilfebearbeitungszeiten in anderen Bundesländern und beim Bund aus?

Wie stellt sich die Ministerin ein vereinfachtes und in der Zukunft zügigeres Beihilfebearbeitungssystem vor?

Klar formuliert wurde die große Betroffenheit von Beihilfeberechtigten. Die Gründe sind vielfältig (aber nicht hinzunehmen, Anm. GdP). Fehlendes Personal, sehr hoher Krankenstand, Systemumstellungen, verzögerter Wechsel auf E-Beihilfe (elektronisch). Auch die demografische Entwicklung musste erhalten: Ältere haben komplizierte Beihilfefälle, hieß es. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: das wussten wir bereits vor zeyhn Jahren oder länger. Warum das Finanzministerium nicht?

Nicht im Detail berichtet, aber das sind zugesagte Lösungsansätze:

Unverzüglich wird das Personal in der Beihilfebearbeitung um „6 Köpfe“ erhöht; voraussichtlich Einstellungen und/oder Personalumsteuerung.

Freiwillige Samstagsarbeit wird (vorübergehend) stattfinden; auch mobile Arbeit.

Es wird eine Beihilfehotline geben; statt Anrufmöglichkeit beim Sachbearbeiter.

Die um 20 Monate verzögerte Einführung von E-Beihilfe soll im Oktober 2015 kommen.

Am Ende stand auf Frage des Vorsitzenden die Zusage, dass die Bearbeitungszeit so schnell wie möglich wieder auf max. 14 Tage zurückgeführt wird.

Nach der Sitzung suchte Frank Poster mit der neuen Chefin des Finanzverwaltungsamtes, Frau Ruck, das persönliche Gespräch und machte in diesem deutlich, dass sich die GdP-Kritik nicht persönlich gegen Mitarbeiter des FVA richtet sondern gegen den mangelhaft aufgestellten „Apparat Finanzverwaltung“. Auch wenn Nerven zu Recht manchmal „bloßliegen“, bat Frau Ruck bei Kontakten um einen guten Umgangston. „Das kriegen wir hin“, versicherte Frank Poster. Wir meinen: Das ist in Gänze ein erfolgversprechender Weg; und an dem Erfolg lassen wir uns messen.

REGIONALGRUPPEN-TERMINE

Einladung!

Schleswig-Holstein Mitte
– Seniorengruppe Neumünster –
Vierteljahrestreffen mit Kaffee und Kuchen der Seniorinnen und Senioren am **Mittwoch, 17. Juni 2015, 14.30 Uhr**, Restaurant & Café Friesenstube (im Haus Hog'n Dor), Klaus-Groth-Straße 37, Neumünster. Anmeldungen bitte unbedingt bis 15. Juni 2015 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



Verbesserung des Arbeitsschutzes ist möglich

Erprobung eines verbesserten Arbeitsschutzes bei der Polizei in Schleswig-Holstein

Der Arbeitsschutz fängt bereits am Arbeitsplatz und nicht erst bei einem Einsatz an. Schichtende und der Arbeitsplatz in der Leitzentrale wird an den nächsten Kollegen übergeben. Ähnliche Vorgänge wiederholen sich an den unterschiedlichsten Arbeitsplätzen, wie z. B. im Streifenwagen, am Bürocomputer oder Telefon. Dabei weiß niemand, ob der abzulösende Kollege bereits mit Grippe o. Ä. infiziert ist. Das ist das normale Lebensrisiko. Irgendwann im Laufe von 24 Stunden kommt dann eine Reinigungsfirma und führt eine Raumreinigung durch. Die zu beantwortende Frage ist, kann man den Hygienegrad auch zwischen den Reinigungsintervallen entscheidend verbessern?

Vorgeschichte

Die Problematik des Arbeitsschutzes ist bereits in der Vergangenheit sehr intensiv innerhalb der GdP diskutiert worden (dp spezial 15 [2005]). Hierbei geht es mehr um die klassischen Aspekte des Arbeitsschutz, wie z. B. Computerarbeitsplätze, Gestaltung von Warnwesten usw. Die mögliche gesundheitliche Gefährdung der Beamten durch Übertragung von Krankheitserregern spielte jedoch keine so große Rolle, da bei entsprechenden Einsätzen, die mit einer möglichen gesundheitlichen Gefährdung verbunden sind, geeignete Schutzmaßnahmen, wie z. B. die Verwendung von Atemschutz und Handschuhen, ergriffen werden können.

Allerdings sollte man sich auch immer wieder die Frage stellen, ob es neue Möglichkeiten gibt, den Schutz der Polizeibeamten gegen mögliche Infektionen zu verbessern. Selbst in einem Krankenhaus, in dem die größtmögliche Hygiene herrschen sollte, ist der Patient vor Infektionen aus diffusen Quellen mit gefährlichen Krankheitserregern nicht 100%ig sicher. Um wievielmehr gilt dies für Polizeibeamte, die mit möglichen infizierten Personen täglich in Kontakt kommen.

Bei Gesprächen mit dem Regierungsmedizinialdirektor Dr. Thomas Wagner, Polizeiärzten und Sicherheitsfachkräften der Landespolizei Schleswig-Holstein wurde diese Problematik erörtert und entschieden, in der Polizeiwache in Pinneberg die ersten Versuche

durchzuführen. Es sollte eine biostatische Oberflächenausrüstung an bestimmten Stellen in der Wache durchgeführt werden und ihre Wirksamkeit über einen langen Zeitraum überprüft werden. Nach fast einem Jahr liegen die Ergebnisse vor und sollen an dieser Stelle vorgestellt werden.

Hygienische Oberflächen

Durch den Kontakt mit Menschen werden auf Oberflächen Mikroorganismen übertragen. Diese verdoppeln sich in einem Zeitraum von ungefähr 20 Minuten. Durch erneuten Kontakt mit der Haut kann sowohl eine Rückübertragung von Mikroorganismen von der Oberfläche auf die Haut, als auch von der Haut auf die Oberfläche stattfinden. Durch eine normale Reinigung der Oberfläche werden zwar Mikroorganismen entfernt, aber erst bei einer Desinfektion werden jedoch alle Keime abgetötet. Aber danach beginnt der ganze Vorgang von Neuem. In dem Zeitraum zwischen den Desinfektionen tummeln sich daher je nach Anzahl der menschlichen Kontakte mit der Oberfläche die unterschiedlichsten Mikroorganismen auf der Oberfläche, die natürlich nicht alle gefährlich sein müssen.

Die verwendete Oberflächenausrüstung besteht aus einer keramischen Beschichtung, in der Titan-dioxidnanopartikel enthalten sind. Die Beschichtung wird auf die Oberfläche aufgesprüht und ist nur wenige Nanometer dick. Daher ist sie für

durchgeführt. Die Angabe der Zahl der Keime erfolgt in sogenannten „Relative Light Units“ (RLU). Dazu sollte man wissen, dass nur in „keimfreien“ Räumen Oberflächen ohne Mikroorganismen vorhanden sind (RLU < 5). Werden Oberflächen gereinigt und desinfiziert, so kann man bereits nach kurzer Zeit eine geringe Zahl von Mikroorganismen bestimmen (RLU kleiner als 60). Als bedenklich betrachtet man Werte, die zwischen 60 und 90 liegen. Messwerte die größer sind als 90 weisen auf eine hohe mikrobiologische Kontamination hin.

In Absprache mit den Beamten der Polizeiwache in Pinneberg wurden dann die Gegenstände festgelegt, auf denen die biostatische Oberflächenausrüstung erfolgte. Gleichzeitig wurden vergleichbare Orte auf denen keine Ausrüstung erfolgte, als Messpunkte für Vergleichsmessungen festgelegt.

Ergebnisse

Die Werte für die Relativ Light Units in Tabelle 1 zeigen die normalen Schwankungen, die bei einer dauerhaften Nutzung und vorgegebenen Reinigungszyklen auftreten. Die Werte für das Telefon und die Tastatur sind deutlich zu hoch (RLU > 60). Die niedrigen Werte der RLU in Zelle 1 kommen daher, dass diese Zelle zwar regelmäßig gereinigt aber selten benutzt wird.

Einen deutlichen Effekt findet man bei den Oberflächen mit der beschrie-

Ort	ist	nach 12 Wochen	nach 38 Wochen
Computertastatur im Büro	455	96	258
Telefon im Büro	377	123	239
Klingel in Zelle 1	423	321	33
Innenseite der Zellentür 1	70	15	3
Matratze in der Zelle 1	134	45	30
Wand neben der Matratze in Zelle 1	53	8	4

Tabelle 1: In einer Polizeiwache gemessene Werte der Relative Light Units (RLU) ohne eine Oberflächenbeschichtung

den Menschen nicht wahrnehmbar. Man kann ihre Wirksamkeit nur mithilfe einer biochemischen Reaktion feststellen. Die Messung der Anzahl der Mikroorganismen wird mithilfe eines Schnellnachweises

benen Ausrüstung. Vor der Ausrüstung ist die mikrobiologische Kontamination in allen Fällen viel zu hoch, siehe Tabelle 2. Bei dem Telefon handelt es sich

Fortsetzung auf Seite 10



ARBEITSSCHUTZ

Fortsetzung von Seite 9

um das meistbenutzte der Polizeiwa- che. Nach zwölf Wochen im normalen

Wochen zeigt, dass diese Werte nahezu unverändert niedrig geblieben sind.

Die reduzierte Beleuchtung in der Zelle 2 und die intensive Reinigung

Ort	ist	nach 12 Wochen	nach 38 Wochen
Computertastatur im Büro	915	25	27
Telefonanlage im Büro	515	47	20
Klingel in der Zelle 2	345	4	2
Innenseite der Zellentür 2	1306	25	30
Matratze in der Zelle 2	409	38	36
Wand neben der Matratze in Zelle 2	601	6	8

Tabelle 2: In einer Polizeiwa- che gemessene Werte der Relative Light Units (RLU) vor und nach einer Oberflächenbeschichtung

Gebrauch inklusive Reinigung sind alle Werte deutlich unter dem Grenzwert von 60 RLU gefallen. Eine weitere Überprüfung der Wirksamkeit nach 38

bzw. Desinfektion der Zelle haben die Wirksamkeit der biostatistischen Oberflächenausrüstung nicht negativ beeinflusst.

Fazit

Die unter Praxisbedingungen erzielten Ergebnisse zeigen deutlich, dass eine Verbesserung des Arbeitsschutzes durch eine Minimierung der mikrobiologischen Kontamination von Oberflächen möglich ist. Die durchgeführte biostatistische Ausrüstung unterschiedlicher Oberflächen behält ihre Wirksamkeit über einen langen Zeitraum. Da sie mit relativ geringen Kosten verbunden ist, sollte sie an den entsprechenden Gegenständen durchgeführt werden, um die Gesundheitsprophylaxe für die Beamten zu verbessern.

Autoren:

Dr. H.-J. Buschmann
Dipl.-Ing. Jörg Brandes
Daniel Bastians M.Sc.

GESUNDHEITSFÖRDERUNG FÜR DIE LANDESPOLIZEI

Erster Kurs mit Polizei kam gut an

Schwimmschule Niels & Regina Aquaback – Das Unterwasserfitness Studio in Flensburg

Flensburg – Im Rahmen der Gesundheitsförderung für die Landespolizei Schleswig Holstein bietet die Schwimmschule Niels & Regina in Zusammenarbeit mit dem Landespolizeiamt das Aquaback Unterwasserfitness Studio an.

Der erste Kurs mit den Bediensteten der Polizei ist schon im Herbst 2014 durchgeführt worden. Allen Kursteilnehmern hat es sehr viel Spaß gemacht, sodass im Januar 2015 schon der zweite Kurs startet. Weitere Kurse sind schon angedacht und in der Planung.

Aber, was ist Aquaback?

Hierbei handelt es sich um ein Zirkeltraining im schultertiefen Wasser. Ziel der Idee ist es, den Körper optimal und auf sanfte Art im Element Wasser zu trainieren. Nicht jeder kann oder möchte an den Kraftmaschinen im Studio trainieren. „Speziell Menschen mit Gelenkproblemen oder Rückenbeschwerden bereitet das Training an herkömmlichen Geräten Probleme“. Das Aquaback-Konzept bietet entscheidende Vorteile: eine hohe Bewegungsqualität und effektives Training im Element Wasser. Durch dieses Zirkeltraining gelingt es, in nur einer Dreiviertelstunde ein intensives Ganzkörpertraining zu absolvieren, das die Aspekte Kraft, Ausdauer und Koordination optimal berücksichtigt und obendrein noch Spaß macht. Denn speziell auf das Training abgestimmte Musik sorgt für gute Laune, Motivation und



Der Aquabadzirkel

für ein perfektes Timing. Die Gesundheit im Fokus. Das Aquaback-Konzept zeichnet sich vor allem durch seine gelenkschonenden Bewegungen aus. Aber

auch die angenehme Wärme des Wassers und sein Druck führen zu einer ganzen Reihe positiver Effekte. Zum Beispiel kommt es durch die Bewegung zur Massage der Muskulatur, die wie eine Lymphdrainage wirkt. Zudem hemmt das warme Wasser einige Schmerzrezeptoren. Daher verursacht Bewegung unter Wasser ein leichteres Gefühl als eine vergleichbare Belastung an Land. Die Aquaback-Kurse finden in Flensburg im Hanni Funke Haus statt. Seit Februar 2014 sind die Aquaback Kurse als Präventionskurs gem. § 20 SGB zertifiziert. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website:

www.schwimm- schule-niels-regina.de

SEMINARANGEBOT

Einladung zum GdP-Seniorenseminar

Das diesjährige Seniorenseminar findet vom 24. August bis einschließlich 26. August 2015 wiederum in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Ehe- bzw. Lebenspartner sind selbstverständlich wieder sehr herzlich willkommen. Für sie entstehen diesmal anteilige Kosten in Höhe von 130 Euro. Die Eigenbeteiligung für GdP-Mitglieder beträgt weiterhin 50 Euro. Wie immer stehen seniorenpolitische Themen auf der Tagesordnung. Aber auch der Austausch von Erfah-

rungen und Informationen über das „aktuelle Polizei- und Gewerkschaftsgeschäft“ werden das Seminar begleiten. Auf den „landeskundlichen Teil“ am Rande des Seminars dürfen sich erneut alle freuen.

Anmeldungen für das Seminar nimmt ab sofort auf der GdP-Geschäftsstelle Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel.: 0431/122-1015, entgegen.

Anmeldeschluss ist der 31. Juli 2015.

Frank Poster,
Landesseniorenvorsitzender



Faszination Südafrika



22. Februar bis 6. März 2016

ab
€ 2.675

PSW-Sondergruppenreise

Besuchen Sie mit uns Südafrika, eines der vielseitigsten Länder. Die exotische Mischung aus atemberaubender Landschaft, unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, Geschichte und Kultur machen eine Reise durch Südafrika zu einem einmaligen und unvergesslichen Erlebnis.

Ihre Hotels

Johannesburg:	2 Nächte im Indaba****
White River:	3 Nächte im Ingwenyama***
Swaziland:	1 Nacht im Mountain Inn***
Hluhluwe:	1 Nacht im Emdoneni Lodge***
Eshowe:	1 Nacht im PH Shakaland***
Drakensberge:	2 Nächte im Drakensberg Gardens***
Durban:	1 Nacht im Southern Sun Elangeni & Maharani****

Diese Hotels sind zurzeit für die Reisegruppe vorgesehen. Gleichwertiger Hoteltausch ist jedoch möglich. Sterneangabe entspricht Landeskategorie.

Reiseverlauf

- 01. Tag Anreise nach Südafrika
- 02. Tag Johannesburg
- 03. Tag Pretoria und Soweto
- 04. Tag Johannesburg – White River
- 05. Tag White River: Im Krüger Nationalpark
- 06. Tag White River: mit der Natur per Du
- 07. Tag White River: Swaziland
- 08. Tag Swaziland – Hluhluwe-Nationalpark
- 09. Tag Hluhluwe-Nationalpark – St. Lucia – Shakaland
- 10. Tag Shakaland – Drakensberge
- 11. Tag Ausflug nach Lesotho
- 12. Tag Drakensberge – Durban
- 13. Tag Abschied von Südafrika
- 14. Tag Rückflug nach Hamburg

Preis pro Person

im Doppelzimmer
EZ-Zuschlag

ab 2.675,- €
290,- €

Leistungen, die überzeugen:

- Flüge mit Emirates ab/bis Hamburg nach Johannesburg/von Durban in der Economy-Class (jeweils über Dubai)
- Luftverkehrsabgabe, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühr (03/15)
- Transfers, Ausflüge und Rundreise in bequemen, landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage
- 11 Übernachtungen in Hotels/Lodges (Bad oder Dusche/WC)
- 11 x Frühstück, 1 x Mittagessen, 11 x Abendessen
- Stadtrundfahrt Pretoria inkl. Eintritt Vootrekkerdenkmal
- Soweto Tour inkl. Eintritt Mandela Haus und Hector Pieteron Museum
- Panorama-Route
- Wildbeobachtungsfahrt im Reisebus und einmal im offenen Geländewagen im Krüger Nationalpark
- Besuch eines Sozialprojektes in Mbabane (nicht in den Ferien, an Feiertagen und an Wochenenden)
- 3-stündige Pirschfahrt im Hluhluwe Nationalpark
- Besuch Shakaland Cultural Village
- Ganztages-Ausflug zum Sani Pass (wetterabhängig)
- Besuch Howick Falls
- Alle Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren
- Gepäckträgergebühren
- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- PSW-Reisebegleitung
- Gebeco-Reiseinformationen
- Reiseliteratur



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Hinweis:

Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl für die Gruppenreise: 20 Personen. Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Fotos: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten die Gebeco-Reisebedingungen und Hinweise. Entgegen der Reisebedingungen der Gebeco GmbH & Co. KG gelten bei dieser Reise aufgrund von Sondertarifen abweichende Stornogebühren. Diese erhalten Sie auf Anfrage.



Und was sonst noch so war ...

28. April

Ich telefoniere mit Michael Raasch, dem Vorsitzenden unseres Landesfachausschusses Kripo. Wir diskutieren das Thema „Einbruchdiebstahl in Wohnräume“. Die Landesregierung hatte dazu ein Konzept vorgelegt, der Innen- und Rechtsausschuss bat um eine Stellungnahme der GdP. Die erfolgte am 24. März. Bei den Tätern gibt es zwei Kreise: Zum einen die organisierte Bandenkriminalität, zum anderen sind es Beschaffungsdelikte. Die Bandenkriminalität ist jedoch schwer nachzuweisen. Dazu gehört der detaillierte Beweis von organisiertem und arbeitsteiligem Vorgehen, festen Zeiträumen und tatsächlichem Zusammenwirken mit dem Ziel krimineller Handlungen. Die Polizei kann diese Anforderungen eigentlich nicht erfüllen. Sie stammen aus überkommener Rechtsprechung. Wir fordern, dass sich hier im Strafrecht etwas ändern muss.

30. April

Wir hatten es schon lange geahnt: Durch die Föderalisierung klafft die Besoldungslücke immer weiter auseinander. Der DGB hat dazu einen Besoldungsreport 2015 erstellen lassen. Und er zeigt deutlich „die Fortschreibung der Ungerechtigkeit“. Die in den Ländern immer mehr um sich greifende Bezahlung nach Kassenlage macht sich auch in der Tabelle (siehe oben) bemerkbar.

4. Mai

Ministerpräsident Albig legt heute das Konzept der Landesregierung zur Nachwuchsgewinnung in der Landesverwaltung vor. Wir reagieren mit einer Stellung „Die demografische Entwicklung in Schleswig-Holstein wird dazu führen, dass immer weniger junge Menschen für die Arbeit im Landesdienst zur Verfügung stehen. Trotz des geplanten Personalabbaus von 5300 Stellen bis zum Jahre 2020 (Landespolizei minus 282) wird die Konkurrenz zur freien Wirtschaft und anderen öffentlichen Verwaltungen dazu führen, erhebliche Schwierigkeiten bei der Nachwuchskräftegewinnung zu bekommen. Junge Frauen und Männer auf großformatigen Plakaten, gemeinsamen Jobbörsen und Informationsveranstaltungen und eine bestens mit Corporate Identity, ressortübergreifend gestaltete Homepage im Echten Nor-



Abb. 2: A9-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40-Stunden-Woche* (in Euro) Der gesamt Report ist im Internet unter www.dgb.de/-/4vS abrufbar.

den werden nicht ausreichen. Stellenkürzungen führen zu Arbeitsverdichtung, eine überlange 41-Stunden-Woche schreckt ab, und schwierige Bedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Freizeit werden Einstellungswünsche nicht erhöhen – gerade da liegen aber die Schwerpunkte bei jungen Menschen. In der Landespolizei ist es zum Einstellungsstermin im Februar 2015 nicht gelungen, die notwendige Zahl von 50 Auszubildenden einzustellen – letztendlich waren es nur 47 neue Anwärterinnen und Anwärter – ein Alarmsignal.

Torsten Jäger, Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender: „Wir raten der Landesregierung, auf diese Belastungen der Kolleginnen und Kollegen einzugehen und Verbesserungen zu bewirken. Attraktive und gesunde Arbeitsbedingungen sind die beste Werbung! Wer aus dem Stand neue „Wolfsberater“ einstellt, Polizeistellen aber kürzt, sendet ein fatales Signal.“

5. Mai

Kenneth Rostig, Polizeibeamter auf Helgoland, ruft an. Sein Thema: Die Inselzulage. Angekündigt vom damaligen Innenminister Breitner. Die Zulage sollte Bestandteil des Beamtenrechtsmodernisierungsgesetzes sein. Aber dort fiel sie inzwischen raus. Wir verabreden in dem Telefonat, dass die GdP noch einmal Dampf macht und die örtlich zuständigen Abgeordneten für Helgoland – das Gleiche gilt aber

auch für weitere Inseln – mit dieser Problematik konfrontiert.

6. Mai

14.30 Uhr – Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Landtag. SPD, Grüne und SSW legen einen gemeinsamen Entwurf zum Versammlungsrecht vor. Dazu gibt es eine Pressemeldung des GdP-Landesbezirks.

1. Die unsägliche Föderalismusreform bringt es mit sich, dass jedes Bundesland sein eigenes Versammlungsrecht zu schaffen hat. Polizeibeamte, die sich bundesweit gegenseitig unterstützen, haben nunmehr eine Fülle von unterschiedlichen gesetzlichen Vorschriften zu beachten.

2. Der in Schleswig-Holstein vorgelegte Koalitionsentwurf basiert im Wesentlichen auf einem Entwurf der FDP-Landtagsfraktion, der sich an einem bundesweiten Musterentwurf orientierte.

3. Die öffentliche Beteiligung von Verbänden und Gewerkschaften war umfassend und gut.

4. Zu begrüßen ist eine weitgehende Entkriminalisierung, z. B. die Lockerung der Vermummung. (Nach dem alten Recht hatten Polizeibeamte bei Straftaten einzuschreiten, unabhängig davon, ob es opportun war. Schritten sie nicht ein, machten sie sich einer Pflichtenverletzung oder gar einer Straftat schuldig.)

5. Zu kritisieren ist der Wegfall von Vorkontrollen im Vorfeld von Versammlungen. Dies hätte einen größeren Schutz von Versammlungen mit sich geführt. Jetzt bleibt in kritischen Situationen den verantwortlichen Behörden nur die Auflösung von Veranstaltungen.

6. Sehr kritisch zu hinterfragen ist das Verbot von Übersichtsaufnahmen zur Lenkung und Leitung des Verkehrs. Damit wird es in Schleswig-Holstein eine sehr restriktive Regelung geben, die auch nicht im Musterentwurf und (bisher) anderen Bundesländern so getroffen wurde.

* Summe aus jährlichem Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en); eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; März 2015.

Der Report steht im Internet unter www.dgb.de/-/4vS zur Verfügung.

